



II-3479 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.100/43-III/4/85

19. November 1985

An den
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

1583 IAB

1985 -11- 20

zu 1605 J

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Reinhart, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.Vw. Tieber, Mag. Guggenberger und Genossen haben am 25. September 1985 (eingelangt am 26. September 1985) unter der Nr. 1605/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Altstadt-Sanierung der Gemeinde Hall in Tirol gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wurden für die Altstadt-Sanierung der Gemeinde Hall in Tirol Bundesmittel beansprucht?
2. Liegen die Voraussetzungen für die beanspruchte Sanierung vor, wenn ja, in welcher Höhe ist der hierfür bestimmte Förderungsbeitrag vorgesehen?
3. Aus welchem Grunde wurden die beantragten Mittel bisher nicht ausbezahlt?
4. Welche Bundesmittel und für welche Objekte wurden in den vergangenen zehn Jahren für die Stadt Hall in Tirol seitens des Denkmalschutzes aufgewandt und welche Zuwendungen sind für Objekte in der Gemeinde Hall in Tirol aus diesem Titel in nächster Zeit vorgesehen?
5. Welche sonstigen Bundesmittel wurden in der laufenden Legislaturperiode speziell für Anliegen der Gemeinde Hall in Tirol aufgebracht und welche Projekte werden in nächster Zukunft seitens des Bundes unterstützt?"

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten.

- 2 -

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die Stadtgemeinde Hall in Tirol hat drei Förderungsansuchen gemäß der Stadterneuerungs-Verordnung 1984 an das Bundesministerium für Bauten und Technik - Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds - gerichtet.

Es handelt sich dabei um die Projekte:

- 1) Sanierung des gemeindeeigenen Objektes Unterer Stadtplatz 16, 17 - in dem neben Wohnungen einige Vereinslokale sowie die Musikschule untergebracht sind.
- 2) Sanierung des Arkadenganges und der Josefskapelle am Oberen Stadtplatz.
- 3) Sanierung des Stadtsaales, Schulgasse 1.

Für die Sanierung der genannten 3 Objekte, die alle unter Denkmalschutz stehen, sind Kosten in Höhe von insgesamt 10 Mio. S veranschlagt.

Davon würde die Gemeinde ca. 3 Mio. S aus eigenen Mitteln tragen und lediglich S 400.000,-- soll das Land Tirol beisteuern.

Alle 3 Projekte sind förderbar im Sinne der Stadterneuerungs-Verordnung 1984. Daher hat der Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds bereits mit Schreiben vom 10. Juli 1985 grundsätzlich eine Förderung in Aussicht gestellt.

Eine definitive Förderungszusicherung wird dann erfolgen, wenn ein genauer Finanzierungsplan vorliegt. Geldbeträge können jedoch überhaupt erst nach Anforderung aufgrund vorgelegter Rechnungen durch die Gemeinde ausbezahlt werden. Eine solche Anforderung liegt dem Fonds seitens der Stadt Hall bisher nicht vor.

Zu Frage 4:

Seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und des Bundesdenkmalamtes wurden seit dem Jahre 1970 aus Mitteln des Denkmalschutzes folgende Vorhaben in Hall in Tirol finanziell gefördert:

- 3 -

Landgasse 7	1983	S	40.000,--
Schmidttorgasse 1	1983	S	15.000,--
Münzturm	1970	S	308.907,90
Mitterweg 6, Thömlschlößl	1977	S	20.000,--
	1982	S	50.000,--
barockes Sommerhaus			
Faistenberger	1971	S	12.000,--
Damenstift, Stiftskirche			
Herz Jesu	1970	S	25.000,--
Franziskanerkloster	1970	S	14.000,--
Hötzendorfplatz, Kapelle	1976	S	10.000,--
Salvatorkirche	1976	S	250.000,--
Lendgasse 27	1978	S	50.000,--
Kloster Thurnfeld	1981	S	20.000,--
	1982	S	50.000,--
	1983	S	35.000,--
Rathaus	1980	S	17.000,--
Pfarrkirche hl. Nikolaus	1978	S	100.000,--
	1979	S	45.000,--
	1983	S	88.000,--

Einen besonderen Schwerpunkt bildete hierbei die "Fassadenrestaurierungsaktion", welche seit 1974 in Hall läuft und noch einige Jahre fortgesetzt werden soll. Seitens des Bundes wurden im Rahmen dieser Aktion folgende Beträge aufgewendet:

1. Bauphase	1974	S	150.000,--
2. - " -	1975	S	200.000,--
3. - " -	1976	S	200.000,--
4. - " -	1977	S	200.000,--
5. - " -	1978	S	200.000,--
6. - " -	1979	S	200.000,--
7. - " -	1980	S	200.000,--
8. - " -	1981	S	200.000,--
9. - " -	1982	S	200.000,--
10. - " -	1983	S	200.000,--

- 4 -

11. - " -	1984	S 200.000,--
12. - " -	1985	S 300.000,--
	Summe insgesamt	S 3,599.907,90

Zu Frage 5:

Am Amtsgebäude Hall in Tirol, Schulgasse 6, (ehem. Stadtkaserne) wurde eine Generalsanierung für Zwecke der Justizverwaltung mit Gesamtkosten in der Höhe von rd. 19,69 Mio. S, an denen sich die Stadt Hall mit 1,22 Mio. S beteiligt hat, durchgeführt. Die Fertigstellung erfolgte im Herbst 1983. Die betreffenden Mittel wurden aus dem für Amtsgebäude zur Verfügung stehenden Baukredit entnommen.

Seitens der Bundesstraßenverwaltung werden zur Zeit lärmtechnische Untersuchungen auf dem Gemeindegebiet von Hall in Tirol durchgeführt. Dabei soll geklärt werden, inwieweit auf Grund der A 12, Inntal Autobahn, die Notwendigkeit von Lärmschutzmaßnahmen besteht.

Entsprechend dem Untersuchungsergebnis und der daraus resultierenden Dringlichkeit wird ein solches Projekt seitens des Bundes unterstützt.

Für die gemeinsame Abwasseranlage der Gemeinde Absam und der Stadtgemeinde Hall in Tirol, deren Baukosten mit 34 Mio. S präliminiert sind, wurden in der laufenden Legislaturperiode bisher Mittel des Wasserwirtschaftsfonds (Darlehen) in der Höhe von 22,95 Mio. S zugesichert, wobei der Anteil der Stadtgemeinde Hall in Tirol 64 % beträgt. Auf Grund dieser Zusicherung wurden bisher gemäß dem Baufortschritt insgesamt rd. 12,8 Mio. S ausbezahlt.

Für einen bereits endabgerechneten 2. Bauabschnitt für die Ortskanalisation der Stadtgemeinde wurden S 989.000,-- zugezählt.

Im Investitionsprogramm des Wasserwirtschaftsfonds (1985-1994) ist die Förderung der Erweiterung der Wasserversorgungsanlage der Stadtgemeinde Hall in Tirol mit einem erforderlichen Baukostenrahmen von 4,2 Mio. S vorgesehen.

- 5 -

Seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wurden folgende Maßnahmen getroffen:

Im Jahr 1985 wurde der Stadtgemeinde Hall in Tirol im Rahmen der Aktion 8.000 für die Einstellung eines Langzeitarbeitslosen, der im sozialen Bereich tätig ist, eine Beihilfe gemäß dem Arbeitsmarktförderungsgesetz (AMFG) im Ausmaß von ca. S 72.000,-- bewilligt.

Darüber hinaus wurde der Fa. FOLIPLAST, Kunststoffwerk Ges.m.b.H., in Hall in Tirol zu Jahresende 1982 ein verzinsliches AMFG-Darlehen in Höhe von 3,5 Mio. S zuerkannt, das zu Jahresbeginn 1984 im Zuge von Sanierungsmaßnahmen in einen nicht mehr rückzahlbaren Zuschuß umgewandelt wurde. Zusätzlich wurde der Fa. FOLIPLAST aus AMFG-Mitteln ein Zinsenzuschuß in Gesamthöhe von 1,5 Mio. S (aufgeteilt auf die Jahre 1983, 1984 und 1985 zu jeweils 0,5 Mio. S) bewilligt. Die gem. § 27 ff AMFG abgewickelte Förderungsmaßnahme für die Firma FOLIPLAST, die der Sicherung von rund 70 Arbeitsplätzen diente, war somit mit einem Gesamtaufwand von 5 Mio. S (von denen 4,5 Mio. S bereits ausbezahlt wurden) verbunden.

Andere Maßnahmen der AMFG-Förderung kamen in der laufenden Legislaturperiode für Anliegen aus dem Gemeindegebiet von Hall in Tirol bisher nicht zum Einsatz. Derzeit sind keine weiteren Projekte bekannt, die in nächster Zukunft in eine AMFG-Förderung miteinbezogen werden könnten.

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr erbrachte folgende Leistungen:

Im Bereich des Postdienstes (inklusive des Hochbaus) wurden aus Bundesmitteln seit Beginn der Legislaturperiode bis einschließlich 1985 insgesamt rund 1,2 Mio. S für die Adaptierung der Paketlagerhalle in der Zollfreizone und der Bauruppunterkünfte im Bahnhofsbereich sowie für die Instandhaltung der Räume des Postamtes 6060 Hall/Tirol aufgewendet.

Es ist geplant, in Hall ein weiteres Postamt zu errichten, welches insbesondere die bisher vom Postamt 6020 Innsbruck wahrgenommenen Aufgaben "Paketumleitung", "Paketzustellung" und "Zolldienst" übernehmen soll. Die teilweise

- 6 -

Betriebsaufnahme (Paketzustellung für Innsbruck) ist für September 1987 vorgesehen.

Im Bereich des Fernmeldedienstes wurden bzw. werden von 1983 - 1987 für die Erweiterung des Wählamtes Hall/Tirol folgende Mittel aufgewendet:

1983	5,8 Mio. S
1984	1,8 Mio. S
1985	8,8 Mio. S
1986	9,9 Mio. S
1987	8,0 Mio. S

In den Jahren 1983 bis einschließlich 1985 wurden vermittlungstechnische Einrichtungen für die Anschaltung von insgesamt 1.600 Telefon-Einzelanschlüssen in Betrieb genommen. 1986 und 1987 werden weitere derartige Einrichtungen für die Versorgung von 800 bzw. 600 Telefon-Einzelanschlüssen aufgebaut werden.

Was die Leitungstechnik anlangt, wurden im Bereich von Hall für größere Ausbauten des Fernmeldenetzes während der laufenden Legislaturperiode rund 22 Mio. S investiert.

Im Rahmen des bundesweiten Förderungsinstrumentariums wurden in Hall 3 Projekte (Investitionsvolumen rund 143 Mio. S) mit Förderungszusagen in der Höhe von 70 Mio. S gefördert.

6 weitere Projekte mit einem Investitionsvolumen von 322 Mio. S sind derzeit bei den Förderungsstellen anhängig (davon 2 Projekte beim Umweltfonds). Die beantragten Förderungen betragen 108 Mio. S.

Für den Bereich der Österreichischen Bundesbahnen ist zu erwähnen, daß im Interesse des Umweltschutzes im Jahre 1983 bei der Gleisbremsanlage im Bahnhof Hall/Tirol ein Ölabscheider errichtet wurde (Gesamtinvestition rund 200.000 S).

Weiters sei erwähnt, daß aufgrund des in den Jahren 1969 bis 1982 erfolgten Baus des Güterzugbildebahnhofs Hall/Tirol (Gesamtkostenaufwand rund 279 Mio. S) nunmehr eine wesentliche Rationalisierung und Beschleunigung des Güterverkehrs im Großraum Innsbruck erreicht wurde.

- 7 -

Gem. § 20 Abs. 3 FAG 1985 (vormals FAG 1979) gewährt der Bund den Gemeinden mit ÖBB-Betriebsstätten eine Finanzaufweisung in der Höhe von 100 Mio. S jährlich (bis 1984: 70 Mio. S jährlich) als Ausgleich für den Einnahmefall aufgrund der Gewerbesteuerbefreiung der Österreichischen Bundesbahnen.

Aus diesem Titel hat die Stadtgemeinde Hall in Tirol in den Jahren 1983 S 325.079,--, 1984 S 323.833,-- und 1985 S 436.080,-- erhalten.

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport hat für das öffentliche Gymnasium der Franziskaner für einen Erweiterungsbau in den Jahren 1983 und 1984 einen Betrag von 3,3 Mio. S als Subvention flüssiggemacht.

Der Vollständigkeit halber darf im Zusammenhang mit dieser Frage auch darauf hingewiesen werden, daß insbesondere auf dem Gebiet des militärischen Versorgungswesens regelmäßig "sonstige" Bundesmittel aufgewendet werden, die - wenn auch nicht "speziell für Anliegen der Stadtgemeinde Hall in Tirol aufgebracht" - für die Bewohner dieser Region wirtschaftlich bedeutsam sind. So wurden in diesem Sinne im Zeitraum Mai 1983 bis August 1985 rund 11 Mio. S aufgewendet; bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode sind weitere diesbezügliche Investitionen in der Höhe von etwa 44 Mio. S vorgesehen.

Im Rahmen des "Neubau- und Generalsanierungsprogrammes 1984 bis 1993" sind weiters Maßnahmen im Bereiche des militärischen Hochbaues im Ausmaß von rund 35 Mio. S zwecks Generalsanierung bzw. Ausbau der Straub-Kaserne und der Speckbacher-Kaserne geplant.

